



Michael Scheffler

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

Wiedereinführung der bewährten Kurzarbeiterregelung schafft Planungssicherheit für Unternehmen und sichert Arbeitsplätze

Rede in der Plenarsitzung am 13.12.2012

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 16/1629

Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/1673

Herr Präsident!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Lassen Sie mich vorab feststellen: Bei diesem Thema geht es nicht darum, dass wir eine neue Krise herbeireden wollen. Wir können festhalten, dass die deutsche Wirtschaft die letzte Wirtschafts- und Finanzkrise relativ gut überstanden hat, ohne dass allzu viele Arbeitsplätze verloren gegangen sind. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand und zeigen die wohlthuende Handschrift der damaligen Großen Koalition, nämlich: Durch die Instrumente der Kurzarbeiterregelung und die Konjunkturpakete I und II konnte in unserem Land Schlimmeres verhindert werden.

Trotzdem darf man die Augen nicht verschließen, meine Damen und Herren. Die Konjunktur kühlt ab. Die aktuelle Krise in Europa wird auch an Deutschland nicht spurlos vorübergehen. Wenn die Menschen – um ein Beispiel zu nennen – in Europa weniger Geld in ihren Portmonees haben, wird sich das auch auf den Kauf von Autos und damit auf die Produktion in Deutschland auswirken.

Auch wenn Deutschland besser dasteht als viele seiner Nachbarn, wird sich eine verschlechternde wirtschaftliche Entwicklung mit zeitlicher Verzögerung auf dem Arbeitsmarkt bei uns durchschlagen – wenn keine Vorsorge getroffen wird. Ich habe gesagt: Wir bemerken das bereits bei der Automobilindustrie und den Zulieferern. Allein ThyssenKrupp beschäftigt derzeit rund 3.000 Arbeiter hauptsächlich in Duisburg in Kurzarbeit.

Meine Damen und Herren, im Mai 2009 haben in Nordrhein-Westfalen auf dem Höhepunkt der Krise 330.750 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in 12.797 Betrieben von der Kurzarbeit profitiert. In meiner Heimatregion, im Märkischen Kreis, mit einer großen Zuliefererindustrie im Sektor Automotive hat es in der letzten Krise bundesweit die größte Zahl an Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeitern in einem Kreis oder einer kreisfreien Stadt gegeben. Im Mai 2009 haben dort 919 Betriebe mit 25.425 Beschäftigten Kurzarbeit gemacht.

Auch dort ist bereits jetzt eine Zunahme von Kurzarbeit und deren Ankündigung zu verzeichnen. Zwar sind wir heute noch von den Zahlen von 2009 entfernt, aber wir

spüren, dass die Probleme und auch die Beben näherkommen. Deshalb ist es wichtig, bei weiteren Einschnitten handlungsfähig zu sein.

Die Kurzarbeiterregelung hat sich in der Krise mehr als bewährt. Sie ist ein geniales arbeitsmarktpolitisches Instrument, wenn man es richtig einsetzt. Die Unternehmen können im Rahmen der Kurzarbeit ihre Fachkräfte halten und bei anziehender Konjunktur sofort wieder einsetzen. Ohne diese Möglichkeit hätten wir eine große Entlassungswelle zu befürchten. Wir wollen lieber Arbeit und Qualifizierung bezahlen als Arbeitslosigkeit, meine Damen und Herren. Kurzarbeit spart auf lange Sicht auch Geld. Es werden unter anderem die Ausgaben für Arbeitslosengeld und die volkswirtschaftlichen Kosten von Dequalifizierung während der Zeiten der Arbeitslosigkeit vermieden. Auch verbessern sich die steuerlichen Einnahmen des Staates, wenn Unternehmen am Ende der Krise nicht erst langwierig nach Fachkräften suchen müssen, sondern bei stabilisierter oder guter Auftragslage sofort wieder durchstarten können.

Arbeitgeber und Gewerkschaften haben gleichsam eine Verlängerung der Kurzarbeiterregelung von der Bundesregierung eingefordert. Zwar hat die Bundesregierung diese Regelung nun auf zwölf Monate verlängert; dieser Schritt – da sind sich alle Beteiligten einig – greift aber viel zu kurz. Wir müssen die Bezugsdauer für Kurzarbeitergeld auf mindestens 18 Monate verlängern, bei außergewöhnlichen Verhältnissen auch auf 24 Monate. Die Unternehmen brauchen Planungssicherheit sowie die Möglichkeit und die notwendige Zeit, damit sich die Auftragsbücher wieder füllen können.

Es ist bei dieser Regelung zudem ein sozialpolitischer Skandal, dass Leiharbeiter nicht von der Kurzarbeiterregelung profitieren können. Da sagen wir als Koalitionsfraktionen, als SPD ganz klar: Das muss sich ändern. Deshalb ist unsere Forderung ganz eindeutig: Auch die Leiharbeiter müssen wieder in die Kurzarbeiterregelung einbezogen werden. Das sind nämlich in der Regel die ersten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Und wir wollen keine Arbeitnehmer erster und zweiter Klasse. Auch der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, stützt diese Forderung. Meine Damen und Herren, die Bundesagentur muss außerdem mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Im Haushalt 2013 der Bundesregierung gibt es nur noch 600 Millionen € für Kurzarbeitergeld. 180.000 Menschen in Kurzarbeit könnten davon finanziert werden. Während der Krise waren es bundesweit aber 1.530.000 Menschen, die Kurzarbeit machten.

Wir wissen schon heute, dass die Bundesagentur für Arbeit bereits weitgehend ohne Mittel dasteht. Und die dauernden Kürzungen in der – man muss schon sagen – sogenannten Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung verschärfen die Diskussion noch. Wir brauchen in Deutschland endlich wieder eine Arbeitsmarktpolitik, die kraftvoll ist und nicht nur mit an-dauernden Abstrichen befrachtet wird.

Meine Damen und Herren, unsere Forderungen liegen klar auf dem Tisch. Ich bitte Sie und rufe Sie dazu auf, uns zu unterstützen. Das sind Sie den Unternehmen und vor allen Dingen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Nordrhein-Westfalen schuldig. Der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen muss auch auf diese Weise unterstützt werden.

– Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.